Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/7578

17. 07. 90

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

über die Plenarsitzung der Nordatlantischen Versammlung am 14. Mai 1990 in Paris/Frankreich

Die Nordatlantische Versammlung hielt ihre Frühjahrstagung vom 11. bis 15. Mai 1990 in Paris ab. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Bundestag:

Abg. Prof. Dr. Manfred Abelein (CDU/CSU), Leiter der Delegation
Abg. Erwin Horn (SPD)
Abg. Lothar Ibrügger (SPD)
Abg. Dr. Dietmar Kansy (CDU/CSU)
Abg. Walter Kolbow (SPD)
Abg. Hans Koschnick (SPD)
Abg. Dr. Max Kunz (CDU/CSU)
Abg. Herbert Lattmann (CDU/CSU)
Abg. Lorenz Niegel (CDU/CSU)
Abg. Uwe Ronneburger (FDP)
Abg. Helmut Sauer (CDU/CSU)
Abg. Ursula Seiler-Albring (FDP)
Abg. Dr. Klaus-Dieter Uelhoff (CDU/CSU)
Abg. Karsten D. Voigt (SPD)
Abg. Dr. Norbert Wieczorek (SPD)
Abg. Peter Würtz (SPD)
Abg. Benno Zierer (CDU/CSU)

Bundesrat:

Senator Volker Kröning (SPD), Bremen, stellvertretender Leiter der Delegation
Staatsminister Rudi Geil (CDU), Rheinland-Pfalz
Senator Horst Gobrecht (SPD), Hamburg

Parlamentarische Beobachterdelegation aus der Deutschen Demokratischen Republik:

Abg. Karin Benze (DBD/DFD)
Abg. Hans-Dirk Bierling (CDU)
Abg. Karl-August Kamilli (SPD)
Abg. Dr. Johannes Kney (Liberale)
Abg. Rüdiger Natzius (SPD)
Abg. Prof. Dr. Michael Schumann (PDS)
Abg. Jürgen Schröder (CDU)
Abg. Prof. Dr. Hans-Jochen Walther (DSU)
Abg. Vera Wollenberger (Bündnis 90)

Übersicht der Tagung

Die Frühjahrstagung wurde am Morgen des 14. Mai 1990 eröffnet mit einer Ansprache des Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung, Abg. Patrick Duffy (Vereinigtes Königreich) im Schloß von Versailles.

Die Ausschüsse tagten am 11. und 12. Mai 1990.

Die Plenarsitzung fand am 14. Mai 1990 mit einer Debatte zu dem Thema „Die Zukunft der Europäischen Sicherheit" statt.

Zur Eröffnung der Plenardebatte in Versailles am 14. Mai 1990 hob der Präsident der Nordatlantischen Versammlung, **Patrick Duffy,** die Bedeutung des zur Beratung anstehenden Themas hervor und faßte die drängenden und grundlegenden Fragen, denen sich die gewählten Vertreter der Völker des Atlantischen Bündnisses gegenübersähen, zusammen:

Erstens gelte es, zu gewährleisten, daß die Einigung Europas mit dem deutschen Einigungsprozeß Schritt halte, und das Fernziel der Vereinigten Staaten von Europa klarer erkennbar werde.

Zweitens müsse abgewartet werden, wie sich die gegenwärtigen Veränderungen in den Staaten Mittel- und Osteuropas auf das bisherige Sicherheitssystem und insbesondere auf die NATO auswirken würden. Es stelle sich die Frage, ob das Bündnis in einer kollektiven Sicherheitsstruktur aufgehen werde, oder ob und wie es neben bzw. innerhalb neuer Organisationsformen weiterbestehen könne.

Drittens müsse die militärische und politische Funktion des Bündnisses gegenüber dem in Auflösung begriffenen Warschauer Pakt und gegenüber der UdSSR als nach wie vor beherrschender Macht in Europa definiert werden.

Viertens schließlich müsse die Nordatlantische Versammlung ihren eigenen Standpunkt, auch hinsichtlich der neu entstandenen Demokratien, genau bestimmen und ihre einzigartige Funktion als Forum aller europäischer und nordamerikanischer Bündnispartner behaupten. Aus diesem Grunde werde sich die Versammlung auch, entgegen der bisherigen Praxis, in ihrer Frühjahrssitzung mit der Beratung einer Entschließung zu dem Thema „Die Zukunft der europäischen Sicherheit" befassen.

Parlamentarische Aussprache zu dem Thema „Die Zukunft der Europäischen Sicherheit"

Abg. **Bouvard** (Frankreich) brachte die Plenarresolution über „Die Zukunft der Europäischen Sicherheit" ein.

Er hob fünf wesentliche Punkte der Resolution besonders hervor.

Zum einen sei davon auszugehen, daß das Bündnis überlebensfähig bleibe, wenn Deutschland dazu gehören werde. Es könne überlegt werden, ob dem Gebiet der früheren DDR evtl. ein besonderer Status eingeräumt werden solle. Eine heimliche Neutralität Deutschlands könne jedoch nicht akzeptiert werden.

Die KSZE bleibe nach wie vor ein unerläßlicher Verhandlungsrahmen der 35 Unterzeichnerstaaten. Die KSZE sei keine Alternative zum atlantischen Bündnis.

Es sei davon auszugehen, daß das Bündnis für die Sicherheitsprobleme eine immer ausgeprägtere politische Dimension bekommen werde.

Zum vierten sei es höchste Zeit, mit dem Bau eines echten europäischen Pfeilers der atlantischen Sicherheit zu beginnen.

In diesem Prozeß habe auch die Nordatlantische Versammlung eine besondere Rolle zu spielen. Das Forum dieser Versammlung könne dazu dienen, den freigewählten Abgeordneten Mittel- und Osteuropas dabei zu helfen, die demokratischen Werte des Westens anzunehmen. Es solle versucht werden, dauerhafte kontinuierliche Beziehungen zu diesen Parlamenten zu unterhalten.

In der sich anschließenden Aussprache betonte der Abg. **Boucheron** (Frankreich) eingangs das wechselseitige Angewiesensein der Bündnispartner aufeinander. Es könne aber nicht übersehen werden, daß sich das Gleichgewicht innerhalb Europas ändere. Einerseits sei das Potential der Bedrohung unverändert, andererseits stehe die Sowjetunion vor riesigen Schwierigkeiten. Schon um der Zukunft künftiger Generationen wegen, bleibe der Frieden einer der wesentlichsten Aufgaben, für die jedoch etwas getan werden müsse.

Deutschland sollte auch nach der Vereinigung Mitglied der Allianz bleiben. Es dürfe nicht übersehen werden, daß es primär die Grundwerte sind, die die Länder der Allianz untereinander verbinden würden.

Unumgänglich sei eine Neuorganisation des Bündnisses, innerhalb derer Frankreich seine Rolle spielen werde. Es gehe jetzt darum, das große Europa für die Europäer zu bauen. Die KSZE und die Europäische Gemeinschaft seien die beiden Organisationen, innerhalb deren Initiativen zu ergreifen seien.

Vor dem Hintergrund der umwälzenden Entwicklung im Osten wies Senator **Chauty** (Frankreich) darauf hin, daß die jetzt zu bewältigende schwierige Aufgabe darin besteht, eine Neuordnung in Europa zu errichten. Dabei müsse berücksichtigt werden, daß die Sowjetunion auch wenn sie ihre Krise überwunden habe, eine Bedrohung bleiben werden. Allein ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinderten die Sowjetunion derzeit daran, eine Bedrohung darzustellen. Deswegen müßten die kollektiven Sicherheitsstrukturen des Bündnisses weiterhin erhalten werden. Es sei jedoch anzuraten, daß die NATO ihre Aktivitäten in Europa mit denen der Europäischen Gemeinschaft koordiniere. Die Einfügung eines geeinten Deutschland in die NATO sei eine Voraussetzung für stabile Sicherheit in Europa. Die NATO sei nach wie vor ein wesentlicher Faktor der Sicherheit in Europa, allerdings könne nicht übersehen werden, daß auch Überlegungen zur Weiterentwicklung dieser Organisation angestellt werden müßten.

Senator **Roth** (USA) unterschied mehrere Formen der Sicherheit, etwa den Schutz von Bedrohung von außen, die Sicherheit, in einer sauberen und gesunden Umwelt zu leben oder die wirtschaftliche Sicherheit. In bezug auf die militärische Dimension der Sicherheit sei davon auszugehen, daß eine Bedrohung nach wie vor vorhanden sei. Es müsse gefragt werden, inwieweit diese Bedrohung geschwunden ist, ob sie weiter abnehme und ob irgendwo neue Bedrohungen entstünden. In bezug auf den letzten Punkt sehe er keine neuen Bedrohungen, wies aber auf die Situation in der Türkei im Verhältnis zum Irak hin. Die Bedrohung durch die Sowjetunion sei praktisch bis zum sowjetischen Militärbezirk zurückgewichen, was dem Westen die Kürzung seiner Verteidigungsetats ermögliche. Bei weiterem Erfolg der Rüstungskontrollverhandlungen sei ein weiteres Abnehmen der Bedrohung zu erwarten. Trotz alledem sei auch ein Wort der Warnung angebracht.

Senator **Orlando** (Italien) betonte, daß die Forderung nach europäischer Verteidigung sich verstärkt habe. Dabei stünden die Sicherheitsbande mit den Vereinigten Staaten von Amerika nicht zur Debatte. Ausgehend von der Feststellung, daß ein System der Inte-

gration, wie die NATO, dem Westen ein Leben in Sicherheit und Freiheit nach dem Zweiten Weltkrieg erlaubt habe, sei zu fragen, ob dieser Weg nicht auch ein Weg für die Demokratien des Ostens sein könne. Auf jeden Fall sei davon auszugehen, daß die politische Rolle der NATO gestärkt werden müsse.

Der Delegationsleiter der deutschen Delegation, Prof. **Dr. Manfred Abelein,** machte folgende Ausführungen:

„Herr Präsident, meine Damen und Herren, nach einem halben Jahrhundert der Unterdrückung haben sich die osteuropäischen Staaten aufgemacht, den anstrengenden Weg zur Freiheit in die westlichen Demokratien zu beschreiten. Der 9. November 1989 hat eine atemberaubende Entwicklung mit dem Fall der Mauer in Berlin für die Deutschen zur Einheit eingeleitet. Manchmal scheint es, als ob wir dieser Entwicklung kaum noch folgen können. Dadurch sind wir Deutschen ganz ungewollt in den Mittelpunkt der Diskussion geraten und es werden uns manche bangen Fragen gestellt. Wie halten es die Deutschen mit der NATO? Darauf gibt es eine ganz klare Antwort, wir Deutschen bleiben in der NATO. Nicht nur weil unsere Partner das wollen, und nicht nur weil die meisten Mitglieder selbst des Warschauer Paktes, vielleicht mit Ausnahme der Sowjetunion das wollen, sondern weil unsere Bevölkerung das will. Und wir wären, wir Deutschen, von allen guten Geistern verlassen, wenn wir die Allianz, die uns 40 Jahre lang Freiheit und Frieden garantiert hat, ausgerechnet jetzt verlassen würden. Neutralismus ist für uns überhaupt keine Frage. Wir bleiben in diesem Bündnis, weil dieses Bündnis auch noch notwendig ist. Die Sowjetunion ist nach wie vor eine Supermacht die militärisch übergerüstet ist. Vorsicht und Aufmerksamkeit sind also nach wie vor angebracht. Dennoch stehen wir hier in der NATO vor einer neuen Situation. Manche überkommenen Doktrinen müssen neu überdacht werden. Wir werden eine Lösung finden müssen für das Gebiet der DDR. Exotische Lösungen, daß dieses Deutschland zwei Bündnissen angehört, kommen für uns nicht in Frage. Aber wir werden ein gewisses Sicherheitsinteresse der Sowjetunion im Hinblick auf die DDR anerkennen müssen. Jedenfalls für eine Übergangszeit. Es stellt sich die Frage, was ist Vorne-Verteidigung. Die Elbe ist nicht mehr der Platz für die Vorne-Verteidigung. Die Oder-Neiße-Linie auch nicht. Wir werden uns Gedanken machen müssen, über die Art der Bewaffnung unserer Streitkräfte. Es ist gar keine Frage, die konventionellen und die nuklearen Streitkräfte werden weiterhin Bestandteile unserer Rüstung sein müssen. Aber über die Gewichtung und Verteilung werden wir uns Gedanken machen müssen und wahrscheinlich werden luftgestützte Abstandswaffen eine neue Bedeutung gewinnen. Die NATO ist ein transatlantisches Bündnis. Auch deswegen ist sie nach wie vor notwendig. Sie stellt die Verbindung zwischen Europa und den Staaten Nordamerikas dar. Das ist wichtig und essentiell für uns auch in der Zukunft. Deswegen legen wir auch Wert auf die Präsenz amerikanischer Truppen in Europa, auch in Zukunft. Europa wird eine stärkere Rolle im Bündnis übernehmen müssen. Das ist eine Frage, die sich uns in unmittelbarer Zukunft stellt. Wir werden eine stärkere Verantwortung übernehmen müssen und dafür Formen und Institutionen zusammen mit unseren amerikanischen Partnern überlegen und finden müssen. Ich komme zum Schluß. Wir stehen in der NATO vor neuen Herausforderungen. Neue Herausforderungen bedeuten immer neue Chancen. Ergreifen wir sie entschlossen. Ich bin überzeugt, die Welt sieht heute heller aus als gestern. Danke schön."

Vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs des Warschauer Paktes und der wachsenden Sicherheit Europas forderte Abg. **Petersen** (Niederlande), daß Europa sich zusammentun müsse, um das Problem der Umwelt anzugehen. In bezug auf die Nordflanke der NATO sei darauf hinzuweisen, daß die Sowjetunion nach wie vor schlagkräftig genug sei. Die politische Entwicklung innerhalb der Sowjetunion sei schwierig vorherzusagen. Die NATO habe auf jeden Fall immer noch eine wichtige Rolle zu spielen als wichtiges Diskussions- und Konsultationsforum. Die weitergehende europäische Integration sei zu begrüßen, jedoch sei stets zu berücksichtigen, daß Westeuropa nicht nur die 12 EG-Länder umfasse.

Abg. **Hicks** (Kanada) war überzeugt davon, daß die Vereinigung Deutschlands den Weg zur Verstärkung Deutschlands in der EG bereite. Die Vereinigung bedeute Prosperität für Europa und die ganze Welt. Die nordamerikanische Sicherheit sei unteilbar mit der europäischen Sicherheit verbunden. Es seien jedoch stärkere dynamische Einrichtungen erforderlich. Kanada unterstütze nachhaltig den KSZE-Prozeß und wünsche dessen Institutionalisierung und Verselbständigung. Nach wie vor sei die NATO aber ein Schlüssel für die Sicherheit. Die Nordatlantische Versammlung sollte alles tun, um die neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas zu unterstützen.

In bezug auf die ungewöhnliche Geschwindigkeit des Wandels der Entwicklung in Europa unterstrich der Abg. **Kormonicki** (Polen), der als Beobachter an der Tagung teilnahm, die Wichtigkeit dieses Vorgangs. Gerade weil es bei dieser Entwicklung um Werte gehe, nämlich um die Menschenrechte und um die Sache des Friedens, sei dieser Prozeß von großer Bedeutung. Daß es in den letzten Jahrzehnten keinen Krieg zwischen Demokratien gegeben habe, sei kein Zufall. Er sei überzeugt davon, daß die Revolution in Mitteleuropa automatisch zur Versöhnung zwischen Deutschland und Polen führen werde. Polen wolle nach Europa heimkehren. Er befürworte den Dialog, der hoffentlich ein neues Sicherheitssystem entstehen ließe.

Von den parlamentarischen Beobachtern aus der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik ergriffen die Abg. Schröder und Kamilli das Wort.

Abg. **Schröder** dankte für die als Beobachter teilnehmende Delegation aus der Volkskammer der DDR der Nordatlantischen Versammlung für die Einladung zur Teilnahme an der Frühjahrstagung. Damit hätten erstmals Abgeordnete eines freigewählten Parlaments der DDR an einer derartigen Tagung teilgenommen. Die Entwicklung in der DDR sei ohne die osteuropäischen Nachbarn nicht möglich gewesen, weswegen

auch diesen, insbesondere der polnischen Solidaritätsbewegung, Dank ausgesprochen werden müsse.

Abg. **Kamilli** warb dafür, daß die Erkenntnis an Boden gewinnen möge, daß die Veränderungen in Osteuropa nicht das Ende des Kalten Krieges markierten, sondern den Beginn einer neuen Entwicklung.

Abg. **Haekkerup** (Dänemark) sah es als Aufgabe an, eine stabile Sicherheitsordnung zu errichten. Dies könne nicht gegen die Interessen der Sowjetunion geschehen. Die KSZE sei das richtige Forum für diese Aufgabe. Es gelte, die Institutionalisierung dieses Prozesses anzustreben. Darüber hinaus müsse auch die wirtschaftliche Integration erreicht werden. Die EG müsse offen sein auch gegenüber neutralen Ländern und der Sowjetunion. Die NATO habe nach wie vor eine wichtige Rolle, müsse aber ihre Strategie ändern.

Abg. **Moya** (Spanien) unterstrich den Wunsch Spaniens, an einem europäischen Sicherheitssystem mitzubauen. Die neue Architektur Deutschlands sollte ihre Stelle im Rahmen der europäischen Architektur finden. Die Bedeutung der Gemeinschaftsinstitutionen in Europa müsse verstärkt werden unter Beachtung des Willens des deutschen Volkes. Die europäische Sicherheit müsse immer auch die Sicherheit außerhalb des europäischen Kontinents beinhalten. In diesem Zusammenhang komme dem Mittelmeerraum besondere Bedeutung zu. Der Bestand des atlantischen Bündnisses sei ein Schlüsselfaktor für den Frieden. Die Erhaltung des Bündnisses müsse einhergehen mit seiner schrittweisen Erneuerung. Das Endziel eines paneuropäischen Sicherheitsraumes werde von Spanien unterstützt.

Abg. **Ridsdale** (Vereinigtes Königreich) sah keine Alternative zum atlantischen Bündnis bis weit in die Zukunft. Der Standfestigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika sei es vor allem zu danken, daß die Abrüstung vorangetrieben werden konnte. In bezug auf die Sowjetunion gelte es auf der Hut zu sein, so daß es nicht nur nicht zu einer Abkoppelung Deutschlands vom atlantischen Bündnis komme, sondern auch nicht zu einer Abkoppelung von den Vereinigten Staaten und Kanada. Die Sowjetunion sei nach wie vor eine große Militärmacht. Dort stattfindende Entwicklungen müßten jedoch im Westen berücksichtigt werden. Die NATO sei nach wie vor lebenswichtig für unsere Sicherheit.

Abg. **Yavuztürk** (Türkei) wies darauf hin, daß an die Stelle des Geistes der Konfrontation der Geist der Zusammenarbeit getreten sei. Es gelte, eine neue politische Ordnung in Europa zu schaffen. Potentielle Risiken des derzeit stattfindenden Wandels zeigten, daß hierbei mit Vorsicht vorgegangen werden müsse. Es gelte, die vorhandenen Strukturen zu nutzen und auf ihre Geeignetheit für die Herausforderung der Gegenwart zu befragen. Eine leistungsfähige glaubwürdige Verteidigung bleibe nach wie vor wichtig.

Abg. **Greisch** (Luxemburg) unterstrich die Bedeutung der KSZE als desjenigen Rahmens, der sich neben der EG bewährt habe. Er trete für einen KSZE-Gipfel ein. Nach wie vor gebe es erhebliche Militärpotentiale in der Sowjetunion. Die transatlantische Sicherheit müsse auch in einem neuen Europa erhalten bleiben. Für die Zukunft des atlantischen Bündnisses sei die europäische Sicherheitssäule wichtig.

Abg. **van Wambeke** (Belgien) führte aus, daß Belgien im Grundsatz mit der KSZE einverstanden sei. Er trete auch für eine gesteigerte Hilfe für die neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa ein. Dabei müsse jedoch der Verdacht des Einmischens vermieden werden. Das Bemühen müsse darauf gerichtet sein, die militärischen Bastionen abzubauen. Das Motto müsse lauten: Abschreckung durch ausgeglichene Rüstung. Die Rolle der Militärbündnisse müsse neu durchdacht werden. Nach wie vor bleibe die NATO aber bis auf weiteres das beste Organ für die Konsultation der Allianzmitglieder untereinander.

Abg. **Frinking** (Niederlande) sah es als wichtige Aufgabe an, die Teilung Europas zu überwinden. Die Einigung Deutschlands sei innerhalb dieses Prozesses ein wesentliches Ereignis. Die Mitglieder des Bündnisses wollten bei diesem Prozeß mitsprechen, da ein vereintes Deutschland Mitglied des Bündnisses bleiben wolle. Es gelte, ein neues Sicherheitskonzept als Rahmen für unseren Sicherheitsbedarf zu erstellen. Dabei sollte die KSZE verstärkt werden, aber gleichzeitig die NATO in ihrer Bedeutung beibehalten werden.

Abg. **Stefanopoulos** (Griechenland) betonte den aktiven Beitrag Griechenlands zur gemeinsamen Sicherheit. Die Berliner Mauer sei zwar gefallen, der Stacheldraht von Nikosia bestehe aber weiter. Gegen diese Aussage legte die türkische Delegation Protest ein.

Abg. **Eiriksson** (Island) stellte die Frage, wem das Führen eines Krieges eigentlich zugute käme. Als einzige Antwort darauf käme derjenige in Betracht, der das Kriegsgerät herstelle. Es gelte, kein Kriegsgerät mehr herzustellen. Für Frieden in Europa brauche man neues Gerät.

Als ein Ergebnis der Beratungen in Paris sah es Abg. **Sir Geoffrey Johnson Smith** (Vereinigtes Königreich) an, daß Frankreich eine tiefere Rolle im Bündnis wünsche. Es sei zu fragen, welche Änderungen dies für die Beziehungen zu den Bündnispartnern bedeute. Weshalb, so fragte er, sollte Frankreich, das voll in den politischen Teil der NATO integriert sei, nicht auch an der formellen Struktur der NATO teilhaben. Es gelte zu erkennen, daß die NATO und Frankreich einander brauchten.

Abg. **Herrero** (Spanien) betonte, daß die NATO ihre Funktion als Verteidigungsbündnis nicht verlieren dürfe. Er würde es nicht begrüßen, wenn sich die NATO in ein rein politisches Bündnis wandeln würde. Die militärische Bedrohung durch die Sowjetunion sei zwar geringer geworden, bestehe aber weiterhin.

Der stellvertretende Leiter der deutschen Delegation, **Senator Volker Kröning**, machte folgende Ausführungen:

„Herr Präsident, meine Damen und Herren, die deutsche Delegation hat mich als stellvertretenden Delegationsleiter beauftragt, den Änderungsantrag zu dem Antrag „Die Zukunft der europäischen Sicherheit" zu begründen, den wir gemeinsam mit allen

deutschen Stimmen vorlegen mit der Bitte an die Versammlung, ihn anzunehmen. Zunächst danke ich im Namen der Mitglieder des Bundesrates und der gesamten deutschen Delegation unseren Freunden aus Frankreich für ihre Gastfreundschaft, für das attraktive Programm dieser Tagung, und ihnen allen, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch noch einmal für den freundlichen Empfang unserer Landsleute aus der DDR. Es ist uns Deutschen bei diesem Besuch in Frankreich besonders bewußt, was wir in den zurückliegenden Jahrzehnten an Freundschaft und Vertrauen in Nordamerika, im Westen, im Norden und im Süden Europas gewonnen haben. Ein Kapital, das wir bei den gegenwärtigen Veränderungen in Deutschland und in Europa nicht vermindern, sondern vermehren wollen. Wir erinnern uns hier und heute in Versailles an 1871 und an 1919 und wir haben in den zurückliegenden Wochen bereits des deutschen Überfalls auf Dänemark, Norwegen und die Niederlande gedacht, mit dem vor 50 Jahren der Krieg im Westen begann. Wir Deutschen sind entschlossen, den demokratischen und friedlichen Weg fortzusetzen unter der Verfassung von 1949, die vom Geist der englischen, amerikanischen und französischen Revolution geprägt ist, mit den Erfahrungen des Jahres 1989, das ein Gipfelpunkt der friedlichen Revolution in Ost- und in Mitteleuropa war, und im Einklang mit unseren Freunden und Nachbarn, die wie wir nicht die Vergangenheit wiederholen wollen. Die wirtschaftliche und militärische Einordnung der Deutschen in eine Gemeinschaft von Völkern gleicher Auffassungen und Interessen bleibt auch in Zukunft unser Leitmotiv. Dieses Motiv leitet uns auch bei der Aussöhnung und der Zusammenarbeit mit den Völkern der anderen Hälfte Europas, die besonders gelitten haben unter dem Krieg und der Zwangsherrschaft und auch der Zwangswirtschaft, die ihm folgte. Wir werden nicht vergessen, welche Beiträge Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei zur Freiheit und Einheit der Deutschen geleistet haben, und wir wissen, daß auch für sie die Europäische Gemeinschaft, der Europarat, die NATO und die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa die Festpunkte ihrer und unserer gemeinsamen Entwicklung sind. Wir Deutschen werden sowohl unsere Grenzen als auch unsere Verpflichtungen einhalten. In diesem zukunftsorientierten Sinne, der nicht nur die Risiken sondern auch die Chancen Europas betont, bitten wir Sie, den verdienstvollen Antrag von Mr. Bouvard in einigen Ziffern zu ändern, besonders in den Ziffern 4 und 5 der Präambel und in Ziffern 7, 9 und 10 des operativen Teils. Mit dem etwas ungewöhnlichen Schritt eines Änderungsantrages, den alle deutschen Delegierten unterschrieben haben, wollen wir vor allem die politische Aufgabe der NATO und den institutionellen Ausbau der KSZE unterstreichen, und wir glauben, daß dies die Zustimmung einer breiten Mehrheit in dieser Versammlung finden kann. In den Ziffern 4 und 9, der neuen Ziffer 9, wollen wir dokumentieren, daß auch für uns die Allianz der Eckpfeiler unserer Sicherheit bleibt, aber stärker als der Entwurf herausarbeiten, daß die Reform der politischen und militärischen Strategien und Strukturen nach dem Umbruch in Ost- und Mitteleuropa unausweichlich ist, wenn wir künftig eine gemeinsame Sicherheit produzieren wollen, an der ganz Europa teilhat. In Ziffer 5 will unsere Formulierung nicht Bedenken gegen die EG und nicht gegen eine europäische Konföderation säen, bei Leibe nicht, im Gegenteil, wir wollen die Zahl der Teilnehmer eines freien und einigen Europas nicht beschränken und die Notwendigkeit eines europäischen Sicherheitssystems betonen, das keine Alternative zur NATO ist, sondern sie ergänzt, das von der KSZE aus entwickelt wird, deren Grundgedanke ja ist, daß Europa Sicherheit nur mit Nordamerika und nicht mehr ohne die Sowjetunion organisieren kann. Was wir wollen, ist die Erweiterung einer nur antagonistischen Struktur der europäischen Sicherheit durch eine feste, dauerhafte kooperative Struktur. Dies sollen auch die neuen Formulierungen zu den Ziffern 7 und 10 bzw. 11 klarstellen. Durch die Neufassung von Ziffer 6 sollen auch terminologische und sachliche Mißverständnisse vermieden werden, die die Vereinigung der deutschen Staaten, die Zugehörigkeit des künftigen Deutschlands zur NATO, wie auch zu den anderen Bündnissen, und die Rolle des 2 + 4-Prozesses betreffen könnten. Bei Ziffer 7 sind wir bereit unseren Antrag, der die Nummer 28 trägt, zurückzuziehen, weil wir den Eindruck haben, daß dies die Zustimmung zu unserem Antrag erleichtern kann. Insgesamt glauben wir, daß der Beschluß, den unsere Versammlung fassen wird, die Beratungen der anderen NATO-Gremien in diesen Wochen vorantreiben helfen kann und die Stimme der Parlamentarier bei dem so dringenden Neubau Europas auf den bewährten Fundamenten zu Gehör bringen wird. Auch darum bitten wir um Annahme unserer Anträge. Vielen Dank."

Senator **Boffa** (Italien) führte aus, daß die radikalen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa das atlantische Bündnis vor neue Herausforderungen stellen, die grundlegende Reformen und eine Änderung seiner Strategien erfordere. Es sei notwendig, im Rahmen des KSZE-Prozesses ein neues Sicherheitssystem, welches die Sicherheitsinteressen aller Staaten in Europa berücksichtige, zu schaffen. Das atlantische Bündnis müsse dem Nord-Süd-Gefälle in Europa verstärkt Aufmerksamkeit widmen und zu neuen Formen der Kooperation finden.

Zum Verlauf der Konferenz

Im Verlauf der Frühjahrstagung empfing Staatspräsident François **Mitterrand** die Delegierten im Elysée-Palast. Der Staatspräsident richtete an die Teilnehmer eine Ansprache, in der er die Notwendigkeit unterstrich, die im Verschwinden begriffene europäische Ordnung durch ein neues Gleichgewicht zu ersetzen, dessen erste vertragliche Grundlage der Abschluß des Abkommens über die Verringerung der konventionellen Streitkräfte, möglichst noch in diesem Jahr, darstelle.

Darüber hinaus maß Präsident Mitterrand dem zum Jahresende geplanten KSZE-Treffen große Bedeutung bei. Das Atlantische Bündnis, und innerhalb des Bündnisses die Parlamentarier der Nordatlantischen Versammlung, hätten bei der Vorbereitung dieses Treffens eine wichtige Rolle zu spielen. Er befürworte deshalb ein Gipfeltreffen der NATO im Sommer dieses Jahres.

Den Gedanken einer Verschiebung des inhaltlichen Schwerpunktes des Bündnisses bezeichnete der Präsident als vernünftig, da sich die Situation verändert habe, ohne daß Anlaß bestehe, die Bestimmungen der Bündnisvereinbarung zu lockern. Den Begriff der politischen Funktion der Allianz müsse jedoch genauer definiert werden. In diesem Zusammenhang hob der Staatspräsident sowohl Frankreichs Treue zum Bündnis als auch seine unveränderte Einstellung zur integrierten Kommandostruktur hervor.

Präsident Mitterrand stellte den Weg Deutschlands zur nationalen Einheit angesichts der geschichtlichen Logik als natürlich dar. Ebenso natürlich sei es, daß Deutschland auch als ganzes zum Atlantischen Bündnis gehören sollte. Daraus folge kein Vorschieben von Einheiten nach Osten: Auch hier gehe es lediglich darum, das Gleichgewicht zu wahren, die Entwicklung innerhalb des Warschauer Paktes zu beobachten und sich – im Westen wie im Osten – vor übereilten Schritten zu hüten.

Auch der Oberbürgermeister der Stadt Paris und frühere Ministerpräsident Frankreichs, **Jacques Chirac**, empfing die Teilnehmer der Frühjahrssitzung im Rathaus der Stadt. Chirac ging in seiner Ansprache insbesondere auf die gegenwärtige Lage in Europa ein und nahm zu grundsätzlichen Sicherheitsfragen der Allianz Stellung. Es sei notwendig, Veränderungen innerhalb des Bündnisses durchzuführen, um der gewandelten politischen und strategischen Situation Rechnung zu tragen.

Ausdrücklich warnte Chirac jedoch vor einer Umgestaltung der Allianz in eine rein politische Konstruktion, die dann mit den verbliebenen Strukturen des Warschauer Paktes zu einem neuen, gesamteuropäischen Sicherheitssystem verschmelzen könnte: Im Unterschied zur Demokratisierung Mittel- und Osteuropas und zur deutlichen Entspannung der strategischen Lage, die wohl als unumkehrbar anzusehen seien, bleibe die Reformpolitik von Präsident Gorbatschow in der UdSSR gefährdet. Man habe es also vorläufig noch mit einer räumlich nahen, militärisch nach wie vor überrüsteten und im Innern labilen Supermacht zu tun.

Bei aller Dialogbereitschaft gegenüber der UdSSR bleibe es daher notwendig, die Wirtschafts- und Sicherheitsstrukturen im westlichen Teil des Kontinents aufrechtzuerhalten, deren Festigkeit zum gegenwärtigen Triumpf der freiheitlichen Ordnung über Totalitarismus und Militarismus maßgeblich beigetragen habe.

Um sich den veränderten Gegebenheiten anzupassen, müsse sich das Atlantische Bündnis allerdings von einem System unter amerikanischer Vorherrschaft zu einem echten Bündnis zwischen europäischen Partnern, die ihre Sicherheit im wesentlichen selbst gewährleisten, und den nach wie vor, wenn auch in deutlich verringerter Stärke, in Europa präsenten nordamerikanischen Staaten entwickeln. Dabei stellten sich insbesondere Fragen nach dem Umfang der amerikanischen Truppen, nach ihrer nuklearen Doktrin und Ausstattung, ebenso wie nach der Organisationsform und der Kommandostruktur der konventionellen Streitkräfte und der Nuklearwaffen der europäischen Staaten.

Die abzusehende Vereinigung Deutschlands begrüßte Chirac als ein wesentliches Element im Aufbau des zukünftigen Europas. De Gaulles Vorstellung eines großen, geeinten Europas werde nun erst realisierbar. In diesem Zusammenhang äußerte er die Hoffnung, daß das Bekenntnis von deutschen Politikern beider Staaten zur NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands in den kommenden Monaten und Jahren seine Gültigkeit bewahren werde.

Ausschußsitzungen

Ausschuß für Zivile Angelegenheiten

Der Ausschuß für Zivile Angelegenheiten tagte am 11. Mai 1990 unter dem Vorsitz von Senator Genton (Frankreich).

Wegen Abwesenheit der Generalberichterstatterin, Abg. **Schulte** (Bundesrepublik Deutschland), stellte Senator **Genton** (Frankreich) ihren Entwurf eines Berichtes über das Thema „Die Franzosen, die Briten, die Deutschen und die verschiedenen Aspekte der Europäischen Union" vor und führte aus, mit dem Bericht werde das Ziel verfolgt, mögliche Hindernisse bei der weiteren Integration Westeuropas aufzudekken. Die Generalberichterstatterin habe zu diesem Zweck unter Heranziehung von Meinungsumfragen das öffentliche Meinungsbild in Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland untersucht und dabei erhebliche Unterschiede festgestellt. Die größte Begeisterung für die europäische Integration gebe es bei der französischen Öffentlichkeit, demgegenüber zeigten die Briten das geringste Interesse hieran und äußerten vielfach die Befürchtung, ihre nationale Souveränität werde durch übernationale europäische Instanzen zu stark gefährdet. Die Westdeutschen nähmen eine wesentlich positivere Haltung zu der europäischen Integration als die Briten ein, der Grad der Begeisterung der Franzosen werde allerdings nicht erreicht. Senator Genton (Frankreich) ging ferner ein auf die öffentliche Meinung zur deutschen Vereinigung und erklärte, bei den Briten seien die größten Vorbehalte festzustellen. Er hob hervor, die deutschen Politiker vernachlässigten oftmals den Aspekt, daß bei den anderen Staaten Befürchtungen gegenüber einer zu mächtigen Stellung eines vereinten Deutschlands in Europa bestünden.

Bei der Beratung über den Berichtsentwurf gab der Ausschuß die Anregung, den Bericht auf weitere Länder auszudehnen.

Lord Lucas of Chilworth (Vereinigtes Königreich) nahm Bezug auf die Aussagen zum britischen Meinungsbild und betonte, seit den jüngsten politischen Entwicklungen hätten sich die Vorstellungen der Briten sehr geändert. Auf dem Gipfel des Europäischen Rates in Dublin sei deutlich geworden, daß das Verhältnis zwischen den Briten, den Franzosen und den Deutschen als gut bezeichnet werden könne. Die positive Einstellung der Briten gegenüber der europäischen Integration könne auch an den neuesten Daten

zur Verwirklichung des Gemeinsamen Binnenmarktes abgelesen werden, die belegten, daß Großbritannien bei der Umsetzung von EG-Richtlinien in nationales Recht die führende Rolle einnehme. In bezug auf die deutsche Vereinigung hätten die Zwei-plus-Vier-Gespräche der Außenminister zur Beruhigung der britischen Öffentlichkeit und Politiker beigetragen.

Staatsminister Geil (Bundesrepublik Deutschland) führte kritische Ansichten in bezug auf die deutsche Vereinigung darauf zurück, daß die deutsch-deutsche Entwicklung in einem rasanten Tempo voranschreite. Er versicherte, der Einigungsprozeß der beiden deutschen Staaten werde in die europäische Integration eingebunden und ein vereinigtes Deutschland solle Teil der NATO sein. Man müsse sich jedoch bewußt machen, daß die Verwirklichung dieses Ziels mit Schwierigkeiten verbunden sei. Ferner dürfe die NATO nicht nur als Verteidigungsgemeinschaft verstanden werden, sondern auch als Wertegemeinschaft, in der den Menschenrechten hoher Rang zukomme.

Abg. **Uelhoff** (Bundesrepublik Deutschland) unterstützte die Ausführungen von Staatsminister Geil und unterstrich, für die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland habe der Ausspruch des ehemaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer, daß die Deutschen kein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland wollten, immer noch Gültigkeit. Es diene dem Frieden in Europa, wenn Rechte, und zwar nicht nur im wirtschaftlichen Bereich, auf supranationale Gremien übertragen würden. Abg. **Browne** (Vereinigtes Königreich) betonte, die Verwirklichung des Gemeinsamen Binnenmarktes in Europa sei ein erstrebenswertes Ziel, jedoch müsse eine entfernte Bürokratie besonders gut kontrolliert werden. Es dürfe bei der aktuellen Diskussion nicht übersehen werden, daß die EG und ebenso die NATO unter einer gewissen Unsicherheit arbeiteten, weil die politische Entwicklung stark in Fluß geraten sei.

Anschließend sprach der Chefredakteur der Zeitung „Le Monde", **André Fontaine**, zu dem Thema „Die öffentliche Meinung und die politischen Kräfte in Frankreich vor dem Hintergrund der internationalen politischen Entwicklungen". Er zog zunächst einen Vergleich zwischen den Ereignissen der französischen Revolution und denen des Herbstes 1989 in der DDR und hob hervor, Antriebsfeder hierfür seien die Gedanken von Freiheit und Nation gewesen. Die Öffnung der Berliner Mauer und die deutsch-deutsche Entwicklung seien Vorgänge, die die französische Politik in der letzten Zeit stark beeinflußt und die französische Öffentlichkeit sehr bewegt hätten. Für die Franzosen sei es eine überraschende Entwicklung gewesen, auch wenn führende französische Politiker wie General de Gaulle und Georges Pompidou von der deutschen Wiedervereinigung überzeugt gewesen seien. Er wolle jedoch nicht verhehlen, daß es bei der französischen Bevölkerung eine gewisse Beunruhigung in bezug auf die deutsche Vereinigung gebe, auch wenn die Zustimmung zum deutschen Einigungsprozeß bei den Franzosen insgesamt größer sei als in anderen Ländern der Gemeinschaft. Das Entstehen der EG sei bedingt gewesen durch das relative Gleichgewicht der Gründerstaaten. Es bestehe daher jetzt die Besorgnis, daß ein vereintes Deutschland in der EG zu Ungleichgewichten führen könnte. Chefredakteur Fontaine ging weiter ein auf die Frage der zukünftigen Bedeutung von NATO und Warschauer Pakt sowie auf aktuelle Entwicklungen in der UdSSR. Er äußerte die Befürchtung, daß die Sowjetunion in ein Stadium von länger dauernder Unruhe trete.

Abg. **Uelhoff** (Bundesrepublik Deutschland) widersprach Chefredakteur Fontaine, soweit dieser das nationalstaatliche Element als ein die Entwicklungen in der DDR auslösendes Moment bezeichnet hatte, und betonte, jenes sei allenfalls zweit- oder drittrangig gewesen. Die die Entwicklung bestimmenden Faktoren seien der Drang nach Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht des Volkes der DDR gewesen. Die freiheitliche Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland übe auf die Bürger der DDR große Anziehungskraft aus.

Chefredakteur **Fontaine** zeigte sich von diesen Ausführungen sehr beeindruckt, wies aber darauf hin, daß die Erinnerungen an den deutschen Nationalstaat bei einigen noch einen bitteren Nachgeschmack hinterließen. Im weiteren Verlauf der Diskussion beschäftigte sich der Ausschuß mit Fragen zur zukünftigen Entwicklung und Rolle der EG.

In ihrem Bericht zu dem Thema „Das Nationalitätenproblem in der Sowjetunion" führte **Prof. Hélène Carrère d'Encausse** vom Pariser Institut für Politikwissenschaften aus, eine der Hauptursachen der in der letzten Zeit in der Sowjetunion aufgetretenen Nationalitätenkonflikte sei, daß die sowjetische Regierung unter Präsident Gorbatschow die Randgebiete aufgrund ihrer zentralistischen Politik nicht in ausreichendem Maße berücksichtige. Bei den Teilrepubliken seien das Gefühl der politischen Isolation sowie Befürchtungen, nicht mehr am politischen Geschehen beteiligt zu werden, aufgekommen. Prof. Carrère d'Encausse betonte, Präsident Gorbatschow habe die Chance verpaßt, die Rolle des Streitschlichters und Konfliktlösers zu übernehmen. Anschließend ging sie ein auf die derzeit in der Sowjetunion stattfindende Diskussion zum Thema Föderalismus.

Bei der Beratung über den Berichtsentwurf des Unterausschusses „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" beschäftigte sich der Ausschuß mit der in dem Bericht aufgeworfenen Frage einer Institutionalisierung der KSZE. Abg. **Uelhoff** (Bundesrepublik Deutschland) betonte hierzu, die NATO sei weit über ihren ursprünglichen Ansatz hinaus zu einer politischen Wertegemeinschaft geworden. Daher sei davor zu warnen, die KSZE an die Stelle der NATO zu setzen. Ein weiterer wichtiger Punkt, der in dem Bericht noch nicht ausreichend berücksichtigt worden sei, sei der Schutz der Minderheiten in den osteuropäischen Staaten. Im weiteren Verlauf der Diskussion äußerte der Ausschuß die Auffassung, die politischen Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit machten es notwendig, daß die KSZE nicht mehr nur ein „Verfahren" zur Durchführung von unregelmäßig stattfindenden Zusammenkünften sei, sondern zu einer dauerhaften Institution werde. Damit solle die KSZE ihren Aufgabenbereich auch erweitern und eine zentralere Rolle als bisher übernehmen. Der Ausschuß

teilte die Ansicht des Abg. Uelhoff (Bundesrepublik Deutschland), daß die KSZE nicht die NATO ersetzen dürfe. Abg. **Bencze** (Deutsche Demokratische Republik), die als Beobachterin an der Sitzung des Zivilen Ausschusses teilnahm, äußerte sich zum Thema Freizügigkeit in Osteuropa und schilderte eigene Eindrücke von den dort stattfindenden politischen Veränderungen. Sie hob hervor, die politischen Wandlungen in Osteuropa lieferten ein Argument für die Institutionalisierung der KSZE.

Der Ausschuß genehmigte ohne Gegenstimmen den Berichtsentwurf des Unterausschusses „Information der Öffentlichkeit über Verteidigung und Sicherheit" zu dem Thema „Bedeutung der Informationssysteme der Regierungen und anderer Einrichtungen in den Mitgliedstaaten". Der Berichterstatter, Abg. **Gualtherie van Weezel** (Niederlande), unterstrich die Wichtigkeit solcher Informationssysteme für die politische Entwicklung und regte für die Zukunft eine Überprüfung der Informationspolitik durch die Mitgliedstaaten an.

Im Namen des Deutschen Marshallfonds sprach Frau **Marilyn Melkonian** zu dem Ausschuß. Sie hob die Unfähigkeit des Ostens hervor, mit den Bedürfnissen der Menschen fertig zu werden, und schlug dem Ausschuß vor, die NAV solle sich angesichts der abnehmenden militärischen Bedrohung in Europa in Zukunft stärker humanitären Fragen zuwenden. **Lord Lucas of Chilworth** (Vereinigtes Königreich) zeigte sich stark beeindruckt von diesen Ausführungen und äußerte die Ansicht, die NAV müsse neue Akzente setzen und sich stärker mit der menschlichen Dimension der Bündnissysteme auseinandersetzen.

Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit

Die Sitzung des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit fand am 11. Mai 1990 unter dem Vorsitz von Abg. **Karsten Voigt** (Bundesrepublik Deutschland) statt.

Zu Beginn der Sitzung wurde der Entwurf eines Generalberichts zum Veränderten Arbeitsplan des Bündnisses in Sicherheitsfragen beraten, den der Generalberichterstatter, Abg. **van Vlijmen** (Niederlande) vorstellte. Darin werden in einem ersten Kapitel unter der Überschrift „Das Ende der Kriege in Europa: Zu Integration und Befriedung in Europa" generelle Auffassungen zum gegenwärtigen Sicherheitskontext vorgetragen, in dem sich das atlantische Bündnis befindet. In Kapitel zwei wird die Arbeitsplanung für die Rüstungskontrolle über die Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte und vertrauensbildende Maßnahmen hinaus untersucht. Angesichts der Wahrscheinlichkeit weitgehender Rüstungskontrollvereinbarungen im Laufe des Jahres 1990 für einen ganzen Bereich von Funktionsgebieten werden dabei die laufenden Verhandlungen bezüglich der strategischen Kernwaffen, der Verteidigungs- und Raumsysteme, der chemischen Waffen und der Erprobung von Kernwaffen analysiert. Daran schließen sich einige Anmerkungen über die Kernwaffen kurzer Reichweite sowie die Seestreitkräfte an, die gegenwärtig nicht Gegenstand von Verhandlungen sind. In einem dritten Kapitel werden neue Herausforderungen für das Bündnis untersucht. Dabei wird insbesondere auf die Frage der Dislozierung von Abwehrsystemen gegen ballistische Flugkörper und auf die Problematik der Weitergabe von ballistischen bzw. Langstreckenwaffen in den Entwicklungsländern hingewiesen.

Die Abg. **Estrella** (Spanien) und **Gama** (Portugal) stellten den Entwurf eines Zwischenberichts des Unterausschusses „Zukunft der Streitkräfte" zu dem Thema „Wandel in Europa: Welche Rolle spielen die stationierten Streitkräfte?" vor. Darin wird zunächst die Entwicklung der Streitkräfte in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, der DDR, Bulgarien und Rumänien dargestellt. Daran anschließend werden die Auswirkungen dieser Veränderungen auf die Debatte innerhalb der NATO über die Streitkräfte analysiert. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Zukunft der Streitkräfte in Deutschland. In diesem Zusammenhang werden auch Gedanken über die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen vorgetragen.

Zu dem Thema „Wandel in Europa: Welche Rolle spielen die stationierten Streitkräfte?" kamen im Ausschuß der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, **Willy Wimmer,** und der Parlamentarische Staatssekretär beim Minister für Abrüstung und Verteidigung der DDR, **Bertram Wieczorek,** zu Wort.

In seiner sicherheitspolitischen Lagebeurteilung in Europa wies Parlamentarischer Staatssekretär Wimmer zunächst auf schwierige Fragen hin, die sich sowohl auf den Warschauer Pakt als auch auf die NATO sowie auf die Folgen der Wandlung im Osten bezogen. Daran anschließend erläuterte er Aspekte, die für den Wandel in Europa von besonderer Wichtigkeit sind. In diesem Zusammenhang erörterte er die Vorstellung von einer Friedensgemeinschaft in Europa.

Mit Parlamentarischem Staatssekretär Wieczorek sprach erstmals ein Vertreter der Regierung der DDR vor dem Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit. Er stellte die militär- und sicherheitspolitische Entwicklung in Europa unter dem Aspekt des Vereinigungsprozesses beider deutscher Staaten aus der Sicht der DDR dar. Dabei ging er insbesondere auf die Bemühungen der DDR ein, ihre militärischen Verpflichtungen im Warschauer Pakt schrittweise abzubauen und legte die Aufgaben der NVA in der gewandelten Situation dar.

Den Entwurf eines Berichts des Unterausschusses Verteidigungszusammenarbeit zu dem Thema „Rüstungszusammenarbeit und die sich verändernde politische Landschaft" stellten die Abgeordneten **Lello** (Portugal) und **Richardson** (Vereinigte Staaten von Amerika) vor. Darin wird zunächst der Stand der transatlantischen Rüstungszusammenarbeit aus der Sicht der Debatte über das Haushaltsdefizit in den Vereinigten Staaten von Amerika erörtert. Daran anschließend werden Entwicklungen innerhalb der IEPG und das NATO-Planungssystem konventioneller Rüstung (CAPS) analysiert.

Über die zukünftige europäische Sicherheitsordnung und Verteidigungsstruktur referierte aus amerikanischer Sicht **Stephen Larrabee,** Institut für Ost-West-

Sicherheitsstudien, USA. Der Referent hob insbesondere die amerikanische Rolle in einem neuen Europa hervor und erörterte die Veränderungen dieser Rolle angesichts der aktuellen politischen Entwicklung. Darüber hinaus unterzog er die NATO-Strategie einer Neubewertung, wobei er insbesondere für eine Stärkung paneuropäischer Strukturen eintrat.

Am Ende der Sitzung wurde der Zwischenbericht des Sonderausschusses über die Strategie der Allianz und Rüstungskontrolle beraten, der von den Abgeordneten **Frinking** (Niederlande) und **Bereuter** (Vereinigte Staaten von Amerika) erstellt wurde.

Wirtschaftsausschuß

Die Sitzung des Wirtschaftsausschusses fand am 12. Mai 1990 unter dem Vorsitz des Abg. Rose (USA) statt.

Zu Beginn der Sitzung stellte der Generalberichterstatter, Abg. **Estrup** (Dänemark), den Entwurf seines Berichtes über die ökonomischen Aspekte der West-Ost-Annäherung vor. Er betonte, die osteuropäischen Länder hätten beeindruckende Schritte in Richtung auf politischen Pluralismus und ökonomische Liberalisierung unternommen. Allerdings sei momentan nicht vorhersehbar, in welcher Weise sich die Reformbewegung weiter entwickle.

Der Bericht gibt einen ausführlichen Überblick über die aktuellen ökonomischen Probleme in den osteuropäischen Ländern und nennt die Haupthindernisse für weitere wirtschaftliche Veränderungen.

Der Berichterstatter widmete der wirtschaftlichen und politischen Annäherung der beiden deutschen Staaten ein eigenes Kapitel. Er ging dabei insbesondere ein auf die internationalen Auswirkungen der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und betonte, die längerfristigen Konsequenzen des im Zuge der deutschen Vereinigung erwarteten DDR-Beitritts zur EG würden insgesamt als positiv betrachtet. Die deutsche Vereinigung und die europäische Integration könnten nicht als völlig getrennte Prozesse aufgefaßt werden. Die Aussicht auf die deutsche Vereinigung hätte in den anderen EG-Mitgliedstaaten das Interesse, den Prozeß zur Schaffung einer politischen Union in Europa zu beschleunigen, erhöht. Es sei jedoch schwierig vorherzusehen, ob damit auch größere westliche Anstrengungen, die auf politische Veränderungen in den Staaten Osteuropas abzielten, einhergingen. Nach Ansicht des Berichterstatters ist einer der Hauptgründe für die Unterstützung der deutschen Vereinigung durch die Sowjetunion der Glaube, daß die ökonomische Dynamik eines vereinigten Deutschlands einen Antrieb für das gesamte östliche Europa darstellen könnte.

Der Bericht beschäftigt sich darüber hinaus mit den Möglichkeiten von westlicher Hilfe für Osteuropa und nennt dabei insbesondere die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die Änderung der Cocom-Liste, technische und finanzielle Hilfeleistungen sowie die Bonner KSZE-Wirtschaftskonferenz. Der Berichterstatter betonte in diesem Zusammenhang, wichtig sei ein konzertiertes Vorgehen der Partnerländer.

Senator **Gobrecht** (Bundesrepublik Deutschland) knüpfte an die Ausführungen des Berichterstatters zur deutsch-deutschen Frage an und berichtete über den bisher erreichten Stand im deutsch-deutschen Annäherungsprozeß. Er hob hervor, zunächst seien die wirtschaftlichen Grundlagen zu schaffen, jedoch sei mit einer politischen Vereinigung schneller als erwartet zu rechnen. Der deutsch-deutsche Konsens müsse eingebettet sein in den Prozeß der europäischen Einigung. In diesem Zusammenhang erinnerte er an die Worte des ehemaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer, daß die Deutschen ein europäisches Deutschland wollten. Er ging außerdem ein auf die Frage der Mitgliedschaft eines geeinten Deutschlands in der NATO und betonte, in dieser Frage komme es auch auf die Haltung der UdSSR an, deren Sicherheitsinteressen auf jeden Fall beachtet werden müßten.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde das Problem angesprochen, inwieweit die NATO in der Zukunft in größerem Maße wirtschaftliche und politische Aufgaben übernehmen müsse. Es wurde ferner angeregt zu prüfen, ob die UdSSR nicht stärker in den Bericht mit einzubeziehen sei. Zielsetzung sei es, politische Spannungen abzubauen, was erfordere, die Lage in der Sowjetunion sorgfältig zu beobachten.

Abg. **McCrindle** (Vereinigtes Königreich) appellierte an die Verantwortung gegenüber der Dritten Welt und betonte, über die Probleme im Zusammenhang mit Osteuropa dürfe das Interesse an der Dritten Welt nicht vernachlässigt werden. Abg. **Bereuter** (USA) berichtete über Pläne in den USA, die Cocom-Liste insbesondere in drei Schlüsselbereichen zu liberalisieren. Weiterhin wurde im Ausschuß angeregt, den Bericht um Aussagen über die Auswirkungen der Öffnung Osteuropas auf die Volkswirtschaften Westeuropas zu ergänzen. In diesem Zusammenhang wurde über mögliche Konsequenzen des Scheiterns der Wirtschaftsreformen in Osteuropa diskutiert. Abg. **Wiggin** (Vereinigtes Königreich) äußerte die Ansicht, daß der in Osteuropa eingeleitete Prozeß noch nicht unumkehrbar sei und daß ein Scheitern der Reformen zu politischer und militärischer Instabilität führen könnte. Er äußerte sich besorgt darüber, daß ein vereintes Deutschland die dominierende Wirtschaftsmacht innerhalb der EG werden könnte.

Im weiteren Verlauf der Sitzung sprach der Botschafter der UdSSR bei den Europäischen Gemeinschaften, **Vladimir Shemiatenkov,** zum Thema „Politische und ökonomische Konvergenz in Europa — Die Perspektive der Sowjetunion". Er beschrieb den in der Sowjetunion stattfindenden Veränderungsprozeß und unterstrich, Art und Ausmaß der Veränderungen seien tiefgreifender als vielfach angenommen werde. Von großer Bedeutung sei, daß die Veränderungen auf innenpolitischen Einflüssen beruhten und nicht auf Druck von außen. Als großes Problem bezeichnete er, daß die neuen Freiheiten in der UdSSR nicht zu Ergebnissen geführt hätten, die die Durchführung von Reformen rechtfertigten. Es gebe alarmierende Anzeichen dafür, daß bei der Bevölkerung der UdSSR große Unzufriedenheit herrsche. Kennzeichnend für die derzeitige Situation sei, daß die Instrumente des alten Sy-

stems nicht mehr funktionierten. Für die Durchsetzung von Reformen sei eine starke demokratische Macht notwendig, die es in der Sowjetunion aber nicht gebe. Als die beiden Hauptprobleme bezeichnete er die Völkerkonflikte und die Wirtschaftsreform. Zur Lösung dieser Probleme habe die sowjetische Regierung zum einen einen Gesetzentwurf vorbereitet, der den Republiken größere Befugnisse einräume und weitere bundesstaatliche Elemente einführe, und zum anderen ein umfangreiches wirtschaftliches Reformprogramm geplant. Zum Abschluß seiner Ausführungen rief er die westlichen Staaten zu einer effizienten Zusammenarbeit mit der UdSSR auf. Diese wolle keine Hilfe, sondern den Zugang zum internationalen Handelssystem.

Vom Ausschuß wurde die Offenheit, mit der der Botschafter über die Probleme der UdSSR gesprochen habe, begrüßt. In der anschließenden Debatte warf Senator **Bertazzi** (Italien) die Frage auf, in welcher Hinsicht die UdSSR es für wünschenswert halte, sich am deutsch-deutschen Einigungsprozeß stärker zu beteiligen. Botschafter **Shemiatenkov** bemerkte hierzu, aus der Sicht der UdSSR sei es ein problematischer Gesichtspunkt, daß die DDR im Falle eines Beitritts zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 Satz 2 Grundgesetz aufhöre, als Staat zu existieren mit der Folge, daß ihre zahlreichen internationalen Verpflichtungen hinfällig würden. Es bedürfe einer Entscheidung, was mit diesen Verpflichtungen geschehen solle. Abg. **Wieczorek** (Bundesrepublik Deutschland) entgegnete hierauf, auf seiten der Bundesrepublik Deutschland bestehe die Bereitschaft, die wirtschaftlichen Verpflichtungen der DDR zu übernehmen, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Sowjetunion ihrerseits ihre Verpflichtungen erfülle. Da die DDR den SU-Markt gut kenne, sprächen hierfür auch unternehmerische Gründe.

Im Anschluß hieran sprach der Direktor der Wirtschaftsabteilung der NATO, **Jean-Claude Renaud,** über das Thema „Die ökonomischen Ost-West-Beziehungen nach der Bonner KSZE-Konferenz". Er stellte zunächst die Erfolge der Bonner KSZE-Wirtschaftskonferenz auf den verschiedenen Ebenen heraus. Es stehe zu erwarten, daß sich Investoren angesichts der fehlenden Infrastruktur in den osteuropäischen Ländern und der Ungewißheiten in bezug auf den weiteren Verlauf der Entwicklungen eher zögerlich verhielten. Die Wirtschaftssituation in der Sowjetunion bezeichnete er als katastrophal. Er wies insbesondere darauf hin, daß die osteuropäischen Länder in wirtschaftlicher Hinsicht voneinander abhingen und sich die festgeknüpften wirtschaftlichen Bande nicht einfach lösen ließen. Er sprach sich dafür aus, Privatinitiativen den Vorrang vor staatlich gelenkten Maßnahmen einzuräumen.

Bei der Beratung über den Schlußentwurf des Berichts des Unterausschusses „Transatlantische Handelsbeziehungen" zum Thema „Spannungen im Welthandelssystem und die sich verändernde Rolle der Europäischen Gemeinschaften" betonte der Berichterstatter, Senator **Gaud** (Frankreich), seit dem Jahre 1989 habe sich das Klima der internationalen Handelsbeziehungen insgesamt ständig verbessert und die Angst vor einer „Festung Europa" sei geschwunden.

Der Ausschuß nahm den Bericht einstimmig an.

Zum Abschluß der Sitzung wählte der Ausschuß Senator Gaud (Frankreich) zum Vorsitzenden und Abg. Wieczorek (Bundesrepublik Deutschland) zum Generalberichterstatter des neuen Unterausschusses zum Thema „Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Konvergenz im Ost-West-Verhältnis".

Politischer Ausschuß

Der Ausschuß für politische Angelegenheiten behandelte den Inhalt der Entschließung „Die Zukunft der europäischen Sicherheit" gemeinsam mit dem Bericht des Generalberichterstatters, Abg. **Loic Bouvard** (Frankreich) zu dem Thema „Deutschland, Europa und die Allianz". Der Generalberichterstatter ging in seinen Ausführungen auf die Zusammenhänge zwischen der Europäischen Gemeinschaft, des nordatlantischen Bündnisses und der deutschen Einheit ein. In der Debatte ergriffen u. a. auch die als *parlamentarische Beobachter* erstmals eingeladenen Mitglieder der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik das Wort. Die Frage der Zugehörigkeit eines vereinten Deutschlands in der Allianz stand dabei im Mittelpunkt der Erörterungen. Unterschiedliche Standpunkte und das Erfordernis der Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der Allianz wie auch der UdSSR kamen zum Ausdruck.

Dr. Johannes Kney (DDR) bedankte sich für die Möglichkeit, vor der Nordatlantischen Versammlung sprechen zu dürfen. Er ging insbesondere auf die Ziele und das Selbstverständnis der Menschen in der DDR ein und den Stolz darauf, eine friedliche Revolution in Gang gebracht zu haben. Der Prozeß der deutschen Vereinigung habe seinen Ursprung auf der anderen Seite Deutschlands, nämlich im Osten, gehabt.

Beim Aufbau eines wirklich demokratischen Europas sei keine Zeit zu verlieren. Darum sei es auch das Bestreben der Menschen in seinem Land, die deutsche Einheit so schnell wie möglich herbeizuführen, weil sie Freiheit und Demokratie für die Ost-Deutschen als gleichberechtigte Bürger garantiere. Der Vereinigungsprozeß müsse den Wünschen beider deutscher Staaten gerecht werden und müsse auch in einer für die Nachbarstaaten Deutschlands, sowohl in Ost wie auch in West, völlig annehmbaren Weise verlaufen. Es biete sich jetzt eine einzigartige historische Gelegenheit, die nicht verpaßt werden dürfe.

Die Menschen in seinem Staat seien nicht bereit, noch einmal 40 Jahre zu warten. Die noch bestehende Volksarmee in der DDR gehöre immer noch zum Warschauer Pakt. Sie stelle jedoch keine militärische Bedrohung mehr in Europa dar. Sie befinde sich in einer tiefen Identitätskrise. Solange diese Armee noch zum Warschauer Pakt gehöre — und er glaube, daß dies nicht mehr lange sein werde — müsse ihr Auftrag grundlegend geändert werden. Sie sollte eine Art Friedensarmee werden. Von besonderer Wichtigkeit seien in diesem Zusammenhang, daß die Bündnisse in

Zukunft ihren starren Charakter verlieren müßten. Sie sollten die Grundlage eines gemeinsamen europäischen Sicherheitskonzepts werden. Der Begriff „Abschreckung" sollte durch den Begriff „politische Zusammenarbeit" ersetzt werden.

Solange die DDR noch als DDR weiterbestehe, könne sie eine wichtige Übergangsrolle im Hinblick auf den Aufbau Europas übernehmen, da sie auch eine Reihe von Verbündeten im Warschauer Pakt habe und sie diese Verbündeten nicht verlieren oder zurückweisen wolle. Ihr Bestreben sei es, neue Verbündete auf dem Weg zu einem vereinten Europa zu finden. Er sei überzeugt, daß das nach dem Abbau der Streitkräfte in Zukunft noch bestehende militärische Personal seine Hauptaufgabe in der Friedenssicherung und gegebenenfalls auch in der Gewährleistung der Sicherheit der nuklearen Anlagen der einzelnen Länder finden werde. Es könnte ebenfalls beauftragt werden, beim Abbau oder der Beseitigung der noch bestehenden Waffen mitzuhelfen. Eine andere vorstellbare Aufgabe für die Streitkräfte sei die Gewährleistung der Sicherheit im Weltraum.

Die derzeitige Armee der DDR sei fast eine Armee von Freiwilligen, da es keine Wehrpflicht gebe und sich jeder junge Mensch frei zwischen Zivil- oder Militärdienst entscheiden könne.

Der Ausschuß behandelte den Bericht des US-Congressman **Gerald Solomon** „Die Auswirkungen von 1992 auf den Terrorismus und den internationalen Drogenhandel in seiner Bedeutung für die USA und Europa". Hierbei fand die Schlußfolgerung des Europäischen Rates in Dublin vom 28. April 1990 Eingang in die Aussprache, wobei die Notwendigkeit für eine wirksame Zusammenarbeit gegen den Drogenmißbrauch und das international organisierte Verbrechen unterstrichen wurde.

Sodann war der Zwischenbericht des Unterausschusses über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen Gegenstand der Beratungen.

Der Direktor der Stiftung für internationale Sicherheit, **Eric Grove** (Großbritannien) und der Direktor der „Defence Operations Division" beim Ständigen Vertreter der USA im Nordatlantikrat, **Peter Swartz,** berichteten aus ihren Forschungsgebieten.

Senator **Guido Gerosa** (Italien) führte als Generalberichterstatter ein in den Zwischenbericht des Unterausschusses Osteuropa und der Sowjetunion. Er ging dabei ein auf die Sitzung des Unterausschusses in Bonn im November 1989 mit Parlamentariern aus Ungarn, Polen und der CSFR. Diese erstmalig in dieser Zusammensetzung anberaumte Sitzung habe dazu beigetragen, die Möglichkeiten der Entfaltung für die sich bildenden Demokratien in Mittel- und Osteuropa nach den Ereignissen vom November 1989 zu stabilisieren.

Der rumänische Außenminister **Sergiu Celac** unterrichtete die Ausschußmitglieder über die politische Entwicklung in seinem Lande seit dem Sturz des Diktators Ceaucescu Ende 1989. Er ging dabei auf die bevorstehenden ersten freien Parlamentswahlen in Rumänien am 20. Mai 1990 ein und unterstrich die Bereitschaft der Führung seines Landes, mit diesen ersten freien Wahlen die rechtsstaatliche Demokratie in seinem Lande aufzubauen. Hierbei bat er auch um Unterstützung der in der nordatlantischen Allianz zusammengeschlossenen Demokratien.

Ausschuß für Wissenschaft und Technik

Der Ausschuß für Wissenschaft und Technik tagte unter Vorsitz des Abg. **Lothar Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland) am 12. Mai 1990.

Schwerpunkte der Sitzung waren die Ausführungen des Generaldirektors der europäischen Weltraumagentur (European Space Agency), **Prof. Dr. Reimer Lüst,** des Direktors des europäischen Instituts der sowjetischen Akademie der Wissenschaft, **Prof. Vitaly Zhurkin. Prof. Lüst** legte in seinem Vortrag „Die Zukunft der internationalen Zusammenarbeit im Weltraum" Schwerpunkte und Grenzen einer Zusammenarbeit dar und verwies auf sicherheitsbedingte Sachverhalte. Er hob das Interesse der 13 europäischen ESA-Mitgliedsländer für eine Zusammenarbeit im Weltraum hervor. 16 wissenschaftliche Satelliten und 13 kommerziell genutzte Satelliten seien zur Zeit das Ergebnis dieser Zusammenarbeit. Sie bestehe in einem verbindlichen Programm für alle Mitgliedsländer. Neben den wissenschaftlichen Programmen, der technologischen Forschung der gemeinsamen Infrastruktur gebe es freiwillige Programme der Mitgliedsländer, die je nach Leistungs- und Zahlungsbereitschaft unterschiedlich seien. Arbeitsgebiete für die internationale Zusammenarbeit seien im Erdumfeld, in der Wechselwirkung Sonne/Erde, im interplanetarischen Raum/Universum gegeben und vorstellbar. **Prof. Lüst** berichtete eingehend über das Ariane-IV Programm.

Prof. Vitaly Zhurkin referierte über Möglichkeiten der wissenschaftlichen Zusammenarbeit im Ost-West-Verhältnis, im Bereich von Wirtschaft und Umwelt. Er bezog sich auf die in der Sowjetunion eingetretenen Änderungen seit Beginn der Reformpolitik von Staatspräsident Gorbatschow und verwies auf die schwierige wirtschaftliche Lage der Sowjetunion. Der Versuch, die Wirtschaft durch „eine Art" marktwirtschaftlicher Prinzipien ohne Eingreifen der Behörden zu gestalten, sei mißlungen. Nunmehr gelte es, die Wirtschaft nach marktwirtschaftlichen Regelungen umzugestalten. In der größten Volkswirtschaft der Welt, der Sowjetunion, seien dabei radikale Wirtschaftsreformen geplant. Diese reichten von der schrittweisen Einführung einer die sozialen Auswirkungen berücksichtigenden Marktwirtschaft bis hin zur Konvertierbarkeit des Rubel. Die Zusammenarbeit mit der ESA und darüber hinaus bei Lösung von Umweltproblemen, aber auch z. B. im Bereich der Denkmalspflege und weiterer Projekte in Form von „Joint ventures" werde verstärkt angestrebt. Der Redner sprach die Problematik der Reaktorsicherheit in der Sowjetunion an, ging auf den Unfall von Tschernobyl ein und beschrieb die Umweltlage als katastrophal, der Verschmutzungsgrad in weiten Bereichen des Landes habe ein unerträgliches Ausmaß angenommen.

Zusammenarbeit sei ebenfalls bei Umstellung der Rüstungsindustrie auf die Produktion nicht der Rüstung

dienender Güter erforderlich. Mit der Bereitschaft zur Zusammenarbeit bekunde die Sowjetunion ihren Friedenswillen. **Prof. Zhurkin** ging auch auf die COCOM-Liste ein. Heute müsse die Sowjetunion nachweisen, daß die Sicherheit des Westens durch den Transfer von COCOM-Artikeln nicht gefährdet sei. In der Sowjetunion bewege sich gleichzeitig ein rascher technischer Fortschritt. Hochleistungscomputer und entsprechende Zubehörartikel seien heute in der Lage, eine Anzahl von COCOM-Artikeln zu kompensieren.

Der Ausschuß befaßte sich sodann mit dem von dem amerikanischen Kongreßabgeordneten **Sherwood Boehlert** vorgetragenen Bericht über die Zerstörung der Ozonschicht, der weltweiten Erwärmung und den Umweltproblemen in der Sowjetunion und in Osteuropa. Der Berichterstatter griff eine Anzahl der Probleme, die auch Prof. Zhurkin angesprochen hatte, auf und ging auf die Ursachen des eigentlich von dem Berichterstatter des Ausschusses, Sir Peter Emery, dargestellten Problembereichs ein. Das schwerwiegende Problem sei insbesondere, daß die Ozonschicht in immer größeren Höhen angegriffen werde. Ein Aktionsprogramm, wie es z. B. Frankreich mit der Einsparung von 80 Millionen Tonnen Erdöl pro Jahr durch die Umstellung auf Atomenergie herbeigeführt habe, wurde als eine der Möglichkeiten, technisch die Zerstörung zu verhindern bzw. herabzuführen, bezeichnet. Hingewiesen wurde aber auch auf die für viele Länder bestehende begrenzte technische Machbarkeit und finanzielle Durchführbarkeit solcher Programme.

Abschließend wurde von dem Berichterstatter des Unterausschusses für die Zusammenarbeit im wissenschaftlichen und Entwicklungsbereich, dem britischen Abgeordneten **Robert Banks,** der Zwischenbericht erläutert. Er nahm eingehend Stellung zu den „open skies"-Zusammenhängen und ging auf die Problematik der Verifizierungsverpflichtungen ein. Eine stabilere Sicht der Beziehungen zwischen Ost und West werde gegenwärtig in die Wege geleitet. Er ging auch auf die Fragen ein, in welcher Weise die Ost-West-Beziehungen die Technikpolitik des Westens beeinflusse. Kostensteigerungen träten dann in jedem Falle ein, wenn Gemeinschaftsproduktionen nicht verstärkt Unterstützung fänden.

Abschließend behandelte der Ausschuß den Zwischenbericht über die sich bildenden neuen Technologien und ihr Verhältnis zur Verteidigung; der Berichterstatter, der spanische Abgeordnete **Jaime Perez Llorca,** ging auf die Auswirkungen der neuen Technologien im Flugzeug- und Tragflächenbau ein.

Auf Vorschlag des kanadischen Senators Hasting, der zu den Aktivitäten des Unterausschusses für die Zusammenarbeit im Bereich von Forschung und Entwicklung berichtete, beschloß der Ausschuß, diesen Unterausschuß zukünftig „Unterausschuß für Verifizierung und Technik" zu nennen.

Der Vorsitzende teilte anschließend mit, daß der Unterausschuß 1991 zu einer Sitzung in Deutschland zusammenkommen werde. Der Ausschuß werde in beiden Teilen Deutschlands spätestens im Herbst 1991 zusammentreten. Darüber hinaus sei beabsichtigt, einen Besuch in der Sowjetunion durchzuführen.

Prof. Dr. Manfred Abelein, MdB	**Senator Volker Kröning**
Leiter der Delegation	Stellvertretender Leiter der Delegation

Entschließung 213

betr. **die Zukunft der europäischen Sicherheit** *)

Die Versammlung

1. *verweist auf* den 1967 erschienenen Harmel-Bericht über die zukünftigen Aufgaben des Bündnisses, der erneut die seit langem bestehende Überzeugung des Bündnisses bestätigt hat, daß „es ohne die Regelung der Deutschen Frage, die im Mittelpunkt der derzeitigen Spannungen in Europa steht, keine endgültige und dauerhafte Regelung geben kann;"

2. *begrüßt* die Durchführung freier Wahlen in den Ländern Ost- und Mitteleuropas sowie den Aufbau von Demokratie auf der Grundlage von Rechtsstaatlichkeit und unter voller Achtung der Menschenrechte;

3. *bekräftigt erneut* das unantastbare Prinzip der Selbstbestimmung der Völker, dem durch Dialog und auf der Grundlage der in der Schlußakte von Helsinki enthaltenden Prinzipien Ausdruck zu verleihen ist;

4. *ist überzeugt,* daß die politischen Entwicklungen im Osten nun die Voraussetzungen für die Errichtung einer neuen, dauerhaften und stabilen Sicherheitsordnung in Europa geschaffen haben, und daß es zu den vordringlichsten Aufgaben des Bündnisses gehört, seinen Beitrag dazu zu leisten;

5. *ist überzeugt* von der dauerhaften Bedeutung des Bündnisses in einer Zeit möglicher destabilisierender Entwicklungen in Europa sowie von der fortgesetzten Verpflichtung der nuklearen Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika und der konventionellen Streitkräfte der USA und Kanadas für die Bündnissicherheit;

6. *ist überzeugt* von der Notwendigkeit, die Bindungen der demokratischen Länder diesseits und jenseits des Atlantik aufgrund der Verminderung der gegenwärtigen militärischen Bedrohung nicht zu vernachlässigen, sondern aufrechtzuerhalten und zu vertiefen;

7. *unterstützt* das Ziel eines einigen und freien Europas auf der Grundlage der Prinzipien von Demokratie, Menschenrechten und breiter Zusammenarbeit sowie das Ziel der Errichtung eines echten europäischen Sicherheitssystems;

beschließt:

8. Das Bündnis wird nur bei fortdauernder deutscher Mitgliedschaft weiterbestehen können. Ein Bestandteil einer solchen Vereinbarung könnte die deutsche Zustimmung zu einem besonderen militärischem Status für das Gebiet der früheren Deutschen Demokratischen Republik sein. Im Verlauf des Prozesses der deutschen Vereinigung muß dieser Prozeß weiterhin Gegenstand eingehender Konsultationen im Bündnis sein. Die Ergebnisse der „Zwei-plus-Vier" Gespräche und der parallel dazu verlaufenden Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa und über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen sollten als substantielle Grundlage für den Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) dienen, die 1990 einberufen werden sollte.

9. Die KSZE bietet weiterhin einen grundlegenden Rahmen für Verhandlungen zwischen den 35 europäischen und nordamerikanischen Staaten. Diesem Rahmen sollte konkreter Ausdruck verliehen und er sollte durch einen Prozeß der Institutionalisierung gestärkt werden. Es gibt jedoch in absehbarer Zukunft keine Alternative zum Bündnis als eine Organisation der politischen und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit zwischen gleichgesinnten demokratischen Nationen. Die notwendige Entwicklung der politischen Rolle des Bündnisses und der Aufbau einer neuen kooperativen Struktur europäischer Sicherheit innerhalb des KSZE-Rahmens sollten parallel verlaufen und sich gegenseitig ergänzen und verstärken.

10. Die Bevölkerung Litauens, Lettlands und Estlands muß erneut ihr Recht auf politische Selbstbestimmung, das ihr durch den Molotow-Ribbentrop-Pakt genommen wurde, ausüben können. Daß die Länder Europas und Nordamerikas dieses Recht anerkennen, darf nicht als Angriff auf die territoriale Integrität der Sowjetunion betrachtet werden, sondern ist vielmehr eine erneute Bestätigung des in der Verfassung der UdSSR festgeschriebenen Rechtes auf die Selbstbestimmung der Völker.

11. Wenn das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker der baltischen Länder unantastbar ist, dann kann und muß der Prozeß in Richtung auf Unabhängigkeit Verhandlungsgegenstand sein, wobei alle Verhandlungspartner Flexibilität zeigen und von Ultimaten oder Vorbedingungen für die Aufnahme von Verhandlungen absehen sollten.

12. Während sich die politische Landschaft Europas weiterentwickelt, muß das Bündnis dazu beitragen, den Wandel aktiv mitzugestalten. Zu den dringenden Aufgaben gehört die unverzügliche Vorbereitung der nächsten Phase der Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa, deren Ziel es ist, weitere Streitkräftereduzierungen und stabilisierendere Rüstungskontrollregimes zu vereinbaren, sowie die Vorbereitung der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über landgestützte nukleare Streitkräfte in Europa mit dem Ziel, niedrigere und stabilere Streitkräfteniveaus zu erreichen, wie es im umfassenden Rüstungskontroll- und Abrüstungskonzept des Bündnisses vom Mai 1989 beschlossen wurde. Beide Verhandlungen sollten kurz nach dem KSZE-Gipfel beginnen.

13. Die wichtigen Konsequenzen der Rüstungskontrollergebnisse sowie des tiefgreifenden politischen und militärischen Wandels in Mittel- und

*) Auf Antrag von Präsident Duffy wurde die Entschließung von Loic Bouvard (Frankreich) direkt im Plenum eingebracht und dort mit Änderungen verabschiedet.

Osteuropa für die Bündnisstrategie müssen unverzüglich analysiert werden. Während einige wichtige Elemente der Strategie der Allianz für die voraussehbare Zeit gültig bleiben werden, verlangt die veränderte und sich weiter entwikkelnde Lage eine rasche Anpassung ihrer Anwendungskonzepte. Auf längere Sicht muß eine grundlegende Überprüfung des strategischen Gesamtkonzepts erfolgen. Dies wird Auswirkungen auf die entsprechenden operativen Grundsätze und Konzepte haben, auf die erforderlichen militärischen Fähigkeiten und die sich daraus ergebenden Streitkräftestrukturen.

14. Die Entwicklung eines echten europäischen Sicherheitspfeilers des Bündnisses ist nicht weniger wichtig als die wirtschaftliche und politische Union der Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften. Beschleunigte Fortschritte im Hinblick auf beide Ziele sind erforderlich. Alle Mitglieder des Bündnisses müssen untersuchen, ob ihre derzeitigen Beiträge zur gemeinsamen Sicherheit und ihre Beteiligung an allen Aktivitäten des Bündnisses überprüft und den Gegebenheiten angepaßt werden müssen. Insbesondere muß das Bündnis sich zu einer Organisation entwickeln, die tatsächlich auf zwei Pfeilern fußt. Dieses vorrangige Ziel sollte ebenfalls im Mittelpunkt des kommenden NATO-Gipfels stehen.

15. Als integraler Bestandteil der politischen Rolle des Bündnisses ist die Nordatlantische Versammlung bereit und entschlossen, die Aufnahme ständiger Beziehungen zu den frei gewählten Parlamenten Ost- und Mitteleuropas in Erwägung zu ziehen, um die Errichtung der parlamentarischen Demokratie tatkräftig zu unterstützen und einen Meinungsaustausch über alle Aspekte des KSZE-Prozesses aufzunehmen, einschließlich der Frage, wie die europäische Sicherheitsstruktur unter Wahrung der Interessen aller Beteiligten gestaltet werden kann.



Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333